

Wolfgang Lieb

Musk, Zuckerberg, Döpfner –

**Wie digitale Monopole die Demokratie bedrohen und wie
könnte eine demokratische Alternative dazu aussehen?**

April 2025

Inhalt

Der Wettbewerb der neuen sozialen mit den traditionellen Medien	5
Medienpolitische Bedrohungen durch soziale Medien	6
Bedrohung der Demokratie durch die doppelte Oligopol-Stellung von Plattform-Unternehmen	9
Die Notwendigkeit der Regulierung sozialer Medien	13
Wie könnte eine „Demokratisierung des Digitalen“ aussehen?	15

Der Wettbewerb der neuen sozialen mit den traditionellen Medien

Ich beginne mit dem Positiven: Im internationalen Vergleich verfügt Deutschland nach wie vor über eine unter Vielfalts- und Qualitätsgesichtspunkten starke Medienlandschaft. Doch dieser Zustand ist in Gefahr. Denn seit gerade mal 25 Jahren – nämlich seit Tim Berners-Lee das World Wide Web erfunden hat – erleben wir einen grundlegenden Umbruch unseres Mediensystems.

Vor allem, wenn man auf die nachfolgende Generation schaut, verlieren die herkömmlichen Medien, insbesondere die Zeitungen, aber auch das Radio und sowohl das öffentlich-rechtliche als auch das private Fernsehen dramatisch an Bedeutung, zumal für die Verbreitung von Informationen, während das Medium Internet als Kommunikationsplattform kontinuierlich zunimmt, und zwar sowohl im Hinblick auf die Nutzungsmöglichkeiten, auf die Nutzungszeit als auch hinsichtlich des Meinungsbildungsgewichts.

Inzwischen hat das Internet sogar die Führungsrolle gegenüber den herkömmlichen Medien übernommen. Ich kann den dramatischen Einbruch bei den Auflagen der Printmedien hier nicht detaillierter ausführen. An dieser Stelle nur so viel: Die tägliche Auflage der Tageszeitungen ist von rund 27 Millionen seit Anfang der 1990er Jahre auf knapp 11 Millionen, also auf fast ein Drittel gesunken. Derselbe Negativtrend besteht auch bei Nachrichtenmagazinen und Publikumszeitschriften. Die Zeit, die für ihre Lektüre aufgebracht wird, ist gleichfalls kontinuierlich zurückgegangen. Um den Verlust an Werbeeinnahmen aufzufangen, wurden die Zeitungen immer teurer. Sie kosten – inflationsbereinigt – dreimal so viel wie in den 70er Jahren.

Es ist ein Teufelskreis: Je kleiner die Auflagen der Zeitungen, desto geringer die Werbeeinnahmen, desto kleiner die Redaktionen, desto weniger tiefeschürfend die Berichterstattung, desto geringer die journalistische Qualität und – im Ergebnis – desto größer der Verlust an Glaubwürdigkeit und damit wiederum der Verlust an verkaufter Auflage.¹

Nach zahlreichen Umfragen haben zwar um die 70 % der Befragten noch immer Vertrauen in das öffentlich-rechtliche Fernsehen als Institution und gut zwei Drittel halten dessen Programme für glaubwürdig. Dem großen Vertrauensbonus des Fernsehens steht aber geradezu ein „Generationsabriss“ bei der Nutzung gegenüber. Das Durchschnittsalter der Zuschauer – gemessen im April 2024 – betrug bei der ARD 65 Jahre und beim ZDF und bei den Dritten Programmen 67 Jahre. Beim Meinungsbildungsgewicht ermittelte 2023 der Meinungsvielfaltsmonitor der Medienanstalten für das Internet einen Anteil von 35,4 %, das Fernsehen einen Anteil von 28,9 %, das Radio von 16,4 %, Tageszeitungen von 16,0 %, und für Zeitschriften nur noch kümmerliche 3,3 %.²

Auch im Hinblick auf die Mediennutzung hat das Internet das bisherige Kopf-an-Kopf-Rennen mit dem Fernsehen schon gewonnen – mit großem Vorsprung bei den Jüngeren. Laut der Studie „Jugend in Deutschland 2024“³ informiert sich die Mehrheit, nämlich 57 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, über Nachrichten und Politik auf Social-Media-Kanälen. 92 % nutzen regelmäßig WhatsApp, dahinter folgen Instagram (80 %) und Youtube (77 %). Tiktok nimmt an Bedeutung zu, mehr als die Hälfte der 14- bis 29-Jährigen benutzen diese App regelmäßig, und das durchschnittlich 95 Minuten am

¹ <https://www.medienpolitik.net/aktuelle-themen/aktuelle-themen/intensiviert-sich-die-krise-klassischer-medien-619>

² https://www.die-medienanstalten.de/fileadmin/user_upload/die_medienanstalten/Forschung/Medienvielfaltsmonitor/Medienvielfaltsmonitor_2023.pdf

³ <https://content-select.com/de/portal/media/view/6696709c-b9d4-4725-8432-4900ac1b0005>

Tag. WhatsApp gefolgt von Instagram und YouTube statt Tagesschau sind bei Jugendlichen angesagt. Die digitale Spaltung zwischen der nachwachsenden Generation und den Älteren nimmt zu.

Angesichts dieses hier nur knapp skizzierten Wandels im Medienkonsum stellt sich die Frage, ob das Internet, die herkömmlichen Medien ergänzen oder gar ersetzen kann?

Meine kurze Antwort ist: Ergänzen - nur teilweise – ja! Ersetzen – bisher jedenfalls – nein!

Richtig ist, dass die neuen Medien Vorteile bringen:

- Durch das Internet bleiben wir mit beliebig vielen Menschen in Kontakt.
- Wir können Sprachmeldungen, Bilder und Videos austauschen und zeitgleich empfangen.
- Wir können unser Wissen verbreitern und verbreiten.
- Wir können uns Kampagnen anschließen und für Meinungen werben.
- Nie zuvor war es so einfach, an eine so große Fülle von Informationen und Medieninhalten weltweit und jederzeit zu gelangen, wie heute.

Solche großartigen Potentiale des Internets sind nach wie vor gegeben.

All die problematischen Dinge, auf die ich jetzt zu sprechen kommen werde, liegen nicht in der Technik: Sie sind gemacht!

Ich will zunächst auf die medienpolitischen Bedrohungen aus dem Internet im engeren Sinne eingehen, und danach auf die doppelte Oligopolstruktur – und zwar einerseits auf den Markt der Medien, und andererseits auf die Oligopolstellung im ökonomischen Wettbewerb und, mit beidem verbunden, auf die politische Macht, die daraus erwächst.

Medienpolitische Bedrohungen durch soziale Medien

Neben den positiven gibt es negative Seiten der neuen sozialen Medien. Diese liegen vor allem in folgenden Punkten:

1. Kontrolle der Inhalte durch die Betreiber sozialer Netzwerke

Die ursprüngliche Utopie des Internets, also das Bild von Offenheit und der Vernetzung in einer freien, nicht-kommerziellen Informationsgesellschaft, wurde leider nie Wirklichkeit. Internet-Diensteanbieter sind nicht neutral. Die Kontrolle über die verbreiteten Inhalte liegt nicht bei den Nutzern, sondern bei den Betreibern sozialer Netzwerke. Es bleibt verborgen, dass die „geposteten“ Inhalte vor allem mittels geheim gehaltener Sortier- und Suchalgorithmen gesteuert werden. Demokratische Leitwerte – wie Orientierung an der Wahrheit oder die Meinungsvielfalt – spielen bei der Auswahl der Inhalte kaum eine Rolle.

2. Der „Überwachungskapitalismus“ sozialer Medien

Spätestens seit den Enthüllungen des ehemaligen CIA-Mitarbeiters Edward Snowden müssten eigentlich alle wissen, dass die gewonnene Freiheit der Information im Netz mit einem Verlust an Anonymität und einer privaten und/oder staatlichen Verfügungsmacht über persönliche Daten erkaufte wird. Die angeblich „kostenfreien“ Internet-Dienste von

Facebook und Co. sind vor allem auch Datenkraken, die mit dem Sammeln und dem Verkauf von Nutzerdaten Milliarden Dollar an Gewinnen machen. Die Online-Präsenz wurde zur handelbaren Ware. Die Harvard-Ökonomin Shoshana Zuboff nennt das zutreffend „Überwachungskapitalismus“.⁴

3. Die Gefahr der Manipulation

Die Tatsache, dass die Internetdienste besser über einen Bescheid wissen, als man selbst über sich weiß – jedenfalls als man sich das bewusst macht – kann nicht nur für Werbezwecke ausgebeutet werden, sondern auch für Propaganda, und missbraucht werden bis hin zu Wahlmanipulationen. Sogenannte „Trolls“, „Robots“ oder kurz „Bots“ – also automatisierte Meldungen – können durch ihre schiere Masse gesellschaftliche Debatten beeinflussen.

4. Das Privacy-Paradox

Obwohl die Vertraulichkeit von persönlichen Daten von Vielen als sehr wichtig eingestuft wird, findet die Nutzung des Internets weitgehend sorglos statt. Den Cookies, also den Keksen, stimmt man blindgläubig zu. Man spricht daher auch von einem „digitalen Paradoxon“.

5. Personalisierte Informationen

Der Facebook-Gründer Mark Zuckerberg verkündete unlängst: "Unser Ziel ist es, mit dem Newsfeed [also den automatisch gemeldeten Nachrichten, WL] die perfekte personalisierte Zeitung für jede Person auf der Welt zu schaffen". Eine konsequente Personalisierung von Informationen zerstört aber gerade die Grundfunktion demokratischer Öffentlichkeit, nämlich den offenen Austausch von vielfältigen und kontroversen gesellschaftlichen Meinungen.

6. Teilöffentlichkeiten mit unterschiedlichen Wahrheitsansprüchen

Zwar ist die Wirkung von sogenannten „Filterblasen- oder Echokammereffekten“ umstritten, als gesichert gilt jedoch, dass bei zahlenmäßig durchaus beachtlich großen gesellschaftlichen Gruppen, die sich meist in Opposition zur veröffentlichten Meinung verstehen, durch die personalisierten Nachrichtenströme Verfestigungen von Vorurteilen beobachtbar sind, sodass sich polarisierende „Gegen- oder Teilöffentlichkeiten“ mit unterschiedlichen Wahrheitsansprüchen bilden. An die Stelle einer gemeinsamen Öffentlichkeit ist eine Vielzahl von Öffentlichkeiten, sind Spaltungen in der Gesellschaft getreten.

7. Verrohung der Sprache

Unumstritten ist: Im Netz ist eine Verrohung der Sprache beobachtbar. Die Vergiftung der zwischenmenschlichen Kommunikation im Netz ist oft eng verbunden mit einem pauschalen Anti-Elitismus, einer allgemeinen Skepsis, mit Homophobie und Fremdenhass, Antisemitismus oder mit Rassismus, bis hin zu Aufrufen zur Gewalt.

⁴ <https://taz.de/25-Jahre-Le-Monde-diplomatique/!5677785/>

8. Hass im Netz

Plattformen wie *Facebook*, *Instagram*, *Twitter*, *X* usw. haben das Phänomen des *Shitstorms* ermöglicht. Damit gemeint sind Stürme der Entrüstung in den Medien des Internets mit beleidigenden Äußerungen bis hin zur Schmähkritik. Shitstorms verbreiten sich lawinenartig im Netz. Mehr als drei Viertel der Deutschen erleben Hass im Netz.⁵ Besonders Jugendliche sind davon betroffen. Hassreden werden spätestens dann gefährlich für unsere Demokratie, wenn die Hetze dazu führt, dass man seine Meinung nicht mehr äußert. Anfeindungen im Netz halten schon jetzt Menschen davon ab, für ein politisches Amt zu kandidieren. Der Kampf gegen Hassreden ist also auch ein Kampf für die Meinungsfreiheit.

9. Attraktivität von Falschmeldungen

Falschmeldungen verbreiten sich in den sozialen Medien sechs Mal so schnell und hundert Mal so häufig wie normale Nachrichten. Diesen Verbreitungseffekt nutzen die Sozialen Netzwerke für sich selbst aus, denn die „Währung“ des Internets ist die Aufmerksamkeit. Es herrscht eine „Klickökonomie“. Klickzahlen und Verweildauer bringen Werbeeinnahmen. Durch Desinformation und Verrohung können soziale Medien zu asozialen Medien werden.

Die Neue Züricher Zeitung berichtet über einen Selbstversuch, wonach die Versuchsperson nach 3 Stunden Netzsuche mit Tormaterial in Kontakt kam. Der NRW-Innenminister Herbert Reul sieht im Internet nicht zu Unrecht die „Radikalisierungsmaschine des 21. Jahrhunderts“.

10. Rechtspopulisten beherrschen das Spiel mit der Wut gekonnt

Rechtspopulisten liefern mit ihrer Hetze das, was der Algorithmus belohnt. Kein Wunder also, dass bei den Social Media-Abrufen die AfD und deren Politikerinnen und Politiker mit weitem Abstand vor den anderen Parteien liegen. Der (zurückgezogene) Spitzenkandidat der AfD bei der Europawahl, Maximilian Krah, etwa erreichte z.B. mit seinem Video „Echte Männer sind rechts“ 1,4 Millionen Zugriffe.⁶

11. „Alternative Fakten“

Desinformation verursacht Unsicherheit, und diese Unsicherheit nährt Zweifel an allem, was nicht Teil der eigenen Wirklichkeit ist. Mit Begriffen wie „alternative Fakten“ wird suggeriert, dass Tatsachen reine Ansichtssache seien. Wie soll aber eine Demokratie überleben, wenn viele Menschen ihr Vertrauen in die Wahrhaftigkeit von Informationen verlieren? Auch dass inzwischen fast 60 Prozent kein Vertrauen mehr in das Handeln der Plattformen haben, kann angesichts der fortgeschrittenen Verantwortungsatrophie bei den Herren Zuckerberg und Musk kaum verwundern. Zudem sehen fast 30 Prozent auch Journalistinnen und Journalisten und hiesige Medien als Absender von Desinformation.⁷

⁵ <https://www.medienanstalt-nrw.de/themen/hass/forsa-befragung-zur-wahrnehmung-von-hassrede.html>

⁶ <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/tiktok-rechtsextreme-100.html>

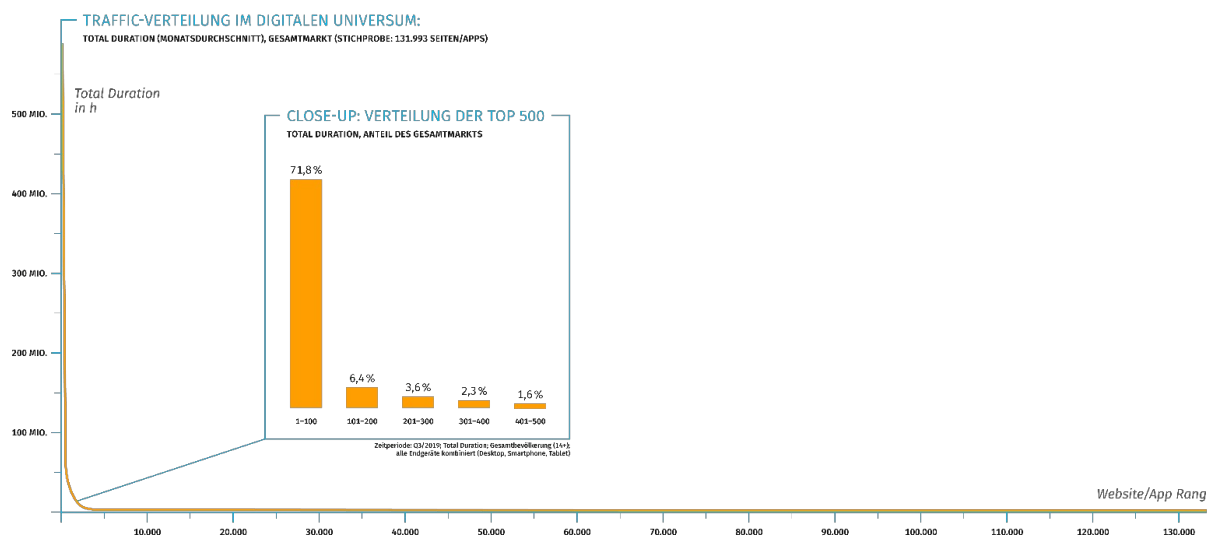
⁷ <https://www.medienpolitik.net/aktuelle-themen/aktuelle-themen/vertrauen-in-social-media-plattformen-sinkt-616>

Bedrohung der Demokratie durch die doppelte Oligopol-Stellung von Plattform-Unternehmen

Die sozialen Medien haben aufgrund einer doppelten Oligopolstellung auf dem Markt der Medien und im ökonomischen Wettbewerb einen gefährlichen Einfluss auf die Politik. Neben einer Vielzahl eigenständiger Websites von Blogs, über Influencer bis hin zu Firmenportalen, findet der weitaus überwiegende Teil der digitalen Mediennutzung auf den Präsenzen der GAFA, also den Plattformen von Google, Amazon, Facebook und Apple statt. Google führt unter Suchmaschinen mit einem Nutzungsanteil von 88 %, bei den Sozialen Medien ist der Metakonzern (also WhatsApp, Facebook und Instagram) dominant, und bei den Gratis-Video-on Demand hat YouTube mit 78 % eine annähernde Oligopolstellung.

Ein „Atlas der digitalen Welt“, der am Institut für Medienkultur an der Universität zu Köln erarbeitet worden ist, zeigt, dass sich der Internetverkehr zu 70 % auf eine Handvoll Oligopole konzentriert und der übrige Rest des Internet-Traffics nur noch ein riesiger „Friedhof“ ist. Die fünf größten deutschen Blogs erreichten eine Reichweite von gerade mal etwas mehr als einem Prozent. Nimmt man die Nutzungsdauer als Gradmesser, so erzielten alle Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an Media-on-Demand zusammen genommen einen Anteil von gerade mal etwa 4 % des Traffics.⁸

Bei mehr als 99 % der registrierten 16 Millionen Internetadressen in Deutschland ist keine Nutzung messbar.



Traffic-Verteilung der digitalen Mediennutzung in Deutschland nach Domains³

Die Medien stellen eine der wichtigsten Grundlagen einer lebendigen Demokratie dar. Medienoligopole kollidieren deshalb mit den freiheitlichen Funktionsprinzipien westlicher Demokratien, weil sie zentrale Prinzipien einer demokratischen Öffentlichkeit gefährden, wie etwa Vielfalt, Unabhängigkeit der Medien oder professionellen Journalismus. Aus diesen Gründen gibt es in Deutschland eine breite verfassungsrechtliche

⁸ Martin Andree, BigTech muss weg!, Frankfurt a.M. 2003

³ Das Internet der Monopole. Die ökonomischen Folgen marktbeherrschender Plattformen, Kölner Impulse zur Wirtschaftspolitik | Nr. 5/2024, S. 4

Grundlage, die Medienmonopole in demokratierelevanten Mediengattungen wie Fernsehen, Radio oder der Presse verhindert – etwa durch eine Obergrenze von 30 % Marktanteil für das Fernsehen.

Die Tech-Giganten sind nicht Spielball der Märkte, sondern umgekehrt sind die Märkte Spielball der Giganten geworden.⁹ Google setzt aktuell jährlich gut 280 Milliarden Dollar um, Amazon über 500 Milliarden. Zum Vergleich: Der deutsche Bundeshaushalt 2024 liegt bei etwas über 476 Milliarden. Mit einer Marktkapitalisierung in Höhe von knapp 12 Billionen Euro finden sich Big Tech-Unternehmen unter den zehn größten Unternehmen der Welt. Die Big Five, also Google, Amazon, Meta, Apple und Microsoft, übertrafen das Gesamtkapital aller DAX 40-Unternehmen zusammen um das Sechsfache. Unter den zehn reichsten Menschen der Welt sind fünf Tech-Milliardäre.

Trotz ihrer riesigen Gewinne gehören diese bestverdienenden Konzerne mit zu den schlechtesten Steuerzahlern in Deutschland. Die Konzerne verschieben ihre Gewinne und verbuchen nur einen sehr kleinen Teil bei uns. Die großen Tech-Konzerne in Washington und Brüssel gaben im letzten Jahr zusammen mehr als 89 Millionen Euro für Lobbyarbeit aus. Derartige Einflussnahme bedroht demokratische Willensbildungsprozesse. Außerdem fördern diese Konzerne in großem Umfang konzernfreundliche Forschung und beeinflussen so den Wissenschaftsprozess. Diese Konzentration von Macht und Reichtum in den Händen von wenigen Superreichen ist alarmierend.

Schon vor Jahren warnte der Hauptberater der EU-Kommission in der Generaldirektion Justiz, Paul Nemitz, der die Datenschutzgrundverordnung maßgeblich geprägt hat, vor der, wie er es nannte, „Kalifornischen Ideologie“, nämlich dem unter den Tech-Milliardären verbreiteten Glauben, dass sich alle Probleme durch Technik lösen lassen, und vor allem, dass die Technik der Plattform-Ökonomie alle Probleme besser löst als die Politik. Die Tech-Giganten züchteten, so Nemitz, eine Kultur der Missachtung der Institutionen der Demokratie.¹⁰ So sagte etwa der aus Deutschland stammende Milliardär und Investor Peter Thiel, einer der lautstärksten Libertären im Silicon Valley: „Ich glaube nicht mehr, dass Freiheit und Demokratie miteinander vereinbar sind.“¹¹

Im Wahlkampf in den USA und mit dem Amtsantritt von Donald Trump wurde die Rolle der prominenten Milliardäre als Teil der amtierenden Tech-Brologarchie¹² – also die Verschmelzung der Tech-Kumpels mit der Politik – unübersehbar. Bei Trumps Amtseinführung standen die Tech-Oligarchen, oder wie Joe Biden in seiner Abschiedsrede sie nannte: die „Räuberbarone“¹³, applaudierend in der ersten Reihe, an der Spitze Elon Musk (unter anderen Tesla, X, X.AI, SpaceX, Paypal), Mark Zuckerberg (Meta), Jeff Bezos (Amazon) und Sundar Pichai (Google). Sie saßen, wie die FAZ befand, als „applaudierende Fanboys“¹⁴ direkt hinter Trump. Die Bilder zeigten: An den Hebeln des Staates stehen nun Menschen, die das Gemeinwesen ablehnen und deren technologische und mediale Macht nun auch noch mit politischer Herrschaft verschmilzt. Die politischen Gäste,

⁹ The Pioneer Briefing Economy Edition v. 28.11.2023

¹⁰ <https://dietz-verlag.de/isbn/9783801270186/Prinzip-Mensch-Macht-Freiheit-und-Demokratie-im-Zeitalter-der-Kuenstlichen-Intelligenz-Paul-Nemitz-Matthias-Pfeffer>

¹¹ <https://t3n.de/news/peter-thiel-1651909/>

¹² <https://www.zeit.de/2025/04/oligarchie-donald-trump-tech-milliardaere-macht>

¹³ <https://www.faz.net/aktuell/politik/usa-unter-trump/bidens-warnung-vor-musk-wer-waren-die-raeuberbarone-110241500.html>

¹⁴ <https://www.faz.net/pro/digitalwirtschaft/wenn-aus-tech-titanen-fanboys-werden-110245554.html>

wie Giorgia Meloni, Tino Chrupalla, Viktor Orban oder Javier Milei, saßen auf den hinteren Plätzen.

Inzwischen schreibt Jeff Bezos der von ihm gekauften, hoch angesehenen Zeitung „Washington Post“ vor, in welche Richtung die Kommentare zu gehen haben¹⁵. Der reichste Mann der Welt, Elon Musk, ist zu einem Teil der US-Regierung geworden. 119 Millionen US-Dollar, die Musk für Trump-Wahlwerbung ausgegeben hat, rentieren sich nun.¹⁶ Seine neue, im US-Wahlkampf gewonnene, Rolle nutzt Musk schon jetzt für die Einflussnahme auf Politik über seine Social Media-Plattform X. Wie weit der Einfluss von Musk in der US-Administration reicht, zeigt sich darin, dass Trump ihn zum Leiter des „Department of Government Efficiency“ gemacht hat. Das Akronym DOGE ist eine Anspielung auf die Kryptowährung DOGEcoin, in die Musk investiert. Musks Aufgabe im DOGE ist es, gemeinsam mit dem Unternehmer Vivek Ramaswamy Bürokratie, Regulierungen und „überflüssige Ausgaben“ abzubauen und so die US-Regierung um zwei Billionen Dollar zu entlasten. In diesem Zusammenhang wurden Zehntausende von Beschäftigten öffentlicher Dienste entlassen. Bereits vor seiner neuen Aufgabe zeigte Musk seine Vorgehensweise: Ende 2022, nach seiner Übernahme des Kurznachrichtendienstes Twitter, von ihm umbenannt in X, musste mehr als die Hälfte der rund 7.500 Mitarbeiterinnen gehen,¹⁷ die meisten davon aus der Abteilung „Trust and Safety“, zuständig für die Moderation der Inhalte auf der Plattform und damit die Verantwortlichen für einen rechtlich einwandfreien Umgang miteinander im Netz.

Auch Mark Zuckerberg sprach nach der US-Präsidentschaftswahl von einem „kulturellen Wendepunkt“ und begann in den in seinem Konzern Meta betriebenen Plattformen die Faktenprüfer abzuschaffen und stattdessen, ähnlich wie bei Musks Plattform X, bei der Überprüfung von Fakten nur noch auf sogenannte „Community Notes“¹⁸, also Rückmeldungen der Kunden und Nutzer, zu setzen. Hunderte von Beschäftigten hat das Unternehmen schon entlassen. Zuckerberg hielt das alte Verfahren der Faktenprüfung nicht für zuverlässig, er hat sogar bei den prüfenden Instanzen eine „politische Schlagseite“ ausgemacht. Der Vorbehalt Zuckerbergs lässt sich mit einigen Stichworten markieren: „moralische Aufdringlichkeit“, „Anmaßung“, „ökonomische Weltfremdheit“ oder „Konkurrenz mit anderen Regelwerken unserer überregulierten Welt“, und vor allem der Vorwurf der Zensur.¹⁹ Es gibt auf Zuckerbergs und Musks Plattformen nun keine Faktenchecks mehr, keinen Jugendschutz; Dämme gegen Hass, Drohungen und Lügen sind in den USA gefallen.

Elon Musk hat sich in den vergangenen Jahren politisch immer weiter radikalisiert. Seinen Rechtsruck konnte man schon bei der Wiederherstellung von zuvor gesperrten rechtsextremen Accounts nach der Übernahme von Twitter erkennen. Auch sein mit rechtsextremen Äußerungen gespickter Feed ist ein Beleg dafür. Auf seinem personalisierten Nachrichtenkanal hetzt er nicht nur gegen Trans-Menschen und Eingewanderte und verbreitet Falschinformationen. Mythen aus dem rechtsextremen, antisemitischen

¹⁵ <https://www.welt.de/vermishtes/prominente/article255552038/Washington-Post-Jeff-Bezos-gibt-Meinungsressort-seiner-Zeitung-Vorgaben.html>

¹⁶ <https://www.welt.de/wirtschaft/plus254378852/Elon-Musk-Unfassbare-Wette-auf-Trump-119-Millionen-Dollar-Einsatz-13-Milliarden-Gewinn.html>

¹⁷ <https://www.theverge.com/2022/11/4/23439790/elon-musk-twitter-layoffs-trust-and-safety-teams-severance>

¹⁸ <https://apollo-news.net/zuckerbergs-revolution/>

¹⁹ Christoph Hubig, Die Kunst des Möglichen II, in der Einleitung <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783839405314/html?lang=de>

und rassistischen Spektrum gehören dort zum Standard. Zuletzt versteifte er sich auf die eugenische These, Menschen mit hohem Intelligenzquotienten hätten eine moralische Pflicht, sich fortzupflanzen.²⁰ Nach dem Anschlag in Magdeburg beschimpfte Musk auf seiner Plattform X Bundeskanzler Olaf Scholz als „unfähigen Narren“ und beleidigte Bundespräsident Steinmeier als „undemokratischen Tyrannen“. Zumindest von Elon Musk wissen wir seit seinem Interview mit der Co-Vorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion, Alice Weidel, dass er die extreme Rechte in Europa unterstützt. Auch die Partei „Reform UK“ des Rechtspopulisten Nigel Farage soll er mit Spenden fördern. In einem Namensbeitrag schrieb er in Springers „Welt am Sonntag“ vom 29. Dezember 2024, die AfD sei der „letzte Funke Hoffnung“ für Deutschland.²¹

Und hier schließt sich der Kreis zum Vorstandsvorsitzenden des Axel Springer Konzerns, zu Mathias Döpfner, der dank einer – vermutlich steuerfreien – Schenkung von Friede Springer im Umfang von einer Milliarde Euro der de facto-Herrscher einer der wichtigsten Mediengruppe Deutschlands ist. Wenngleich Vieles dafürspricht, ist es aber ungeklärt, ob Musks Wahlauftritt für die AfD in der Welt am Sonntag auf Veranlassung von Döpfner erschien. Aber dass der Springer-CEO eine enge Verbindung zu Musk pflegt und ein Bruder im Geiste von ihm ist, belegt nicht nur ein langes Interview von ihm mit Musk schon 2020 in der Welt am Sonntag, in dem er diesen liebedienerisch zum „wahrscheinlich größten Visionär auf dem Planeten“ ausrief²², sondern auch Musks Auszeichnung mit dem Axel Springer Award. In einem öffentlich gewordenen Chatprotokoll schrieb Döpfner 2022 an Musk: „Warum kaufst Du Twitter nicht?... Wir laufen für Sie. Und schaffen Sie eine echte Plattform der freien Meinungsäußerung. Würde ein echter Beitrag zur Demokratie sein.“²³

Wirtschaftlich strebt Döpfner eine stärkere Präsenz seines Konzerns in den USA an, mit „Business Insider“ und „Politico“ verfügt er schon über zwei Tochtergesellschaften in Amerika. Wie weit Musks Einfluss auf die deutsche Politik schon geht, offenbart sich auch in einem Tweet des Noch-FDP-Vorsitzenden Christian Lindner auf X, der dort schrieb: „Elon, ich habe eine politische Debatte angestoßen, die durch Ideen von dir und Milei inspiriert wurde.“²⁴

Dass sich die Trump-Administration in den Fängen der Tech-Brologarchen befindet, zeigt sich nicht zuletzt darin, dass der neue Präsident auf dem Geschäftsfeld von Big Tech weniger Sicherheitschecks, mehr Staatsaufträge und billigen Strom für den großen Energiebedarf der Rechenzentren in Aussicht gestellt hat. Außerdem stemmt sich Trump gegen Regulierungen der EU im Internet und drohte dagegen Sanktionen an.²⁵ Einer der Hintergründe für diese Androhung sind die Konflikte, die Musk nach dem Kauf von Twitter wegen der EU-Vorgaben, beispielsweise zur Moderationspraxis der Social Media-Plattformen aufgrund des „Digital Services Act“ mit dem ehemaligen EU-Binnenkommissar Thierry Breton hatte. Dessen Vorwürfe an X lauteten unter anderem, der Dienst habe gegen die Transparenz von Werbung verstoßen, oder er habe nicht ausreichenden

²⁰ <https://netzpolitik.org/2024/elon-musk-vom-twitter-despoten-zum-regierungsberater/>

²¹ <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article254982012/Warum-Elon-Musk-auf-die-AfD-setzt-und-warum-er-dabei-irrt.html>

²² <https://www.welt.de/wirtschaft/plus221864904/Elon-Musk-im-Gespraech-mit-Mathias-Doepfner-Es-geht-darum-das-Leben-zu-spueren.html>

²³ <https://www.heise.de/news/Elon-Musks-private-Kommunikation-Springer-Chef-Doepfner-empfehl-Twitter-Kauf-7280544.html>

²⁴ <https://www.zeit.de/kultur/2024-12/elon-musk-afd-unterstuetzung-christian-lindner-autokraten>

²⁵ <https://orf.at/stories/3381738/>

Zugang zu Daten für Forschende gewährt. Musk hat Breton in der ihm eigenen Höflichkeit aufgefordert, sich „selbst ins Gesicht zu ficken“. ²⁶ Der Tech-Milliardär pöbelte auf seinem Dienst X auch gegen die Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager, der Digital Services Act sei „Desinformation“. Auch Zuckerbergs Meta hat angekündigt, gemeinsam mit Donald Trump gegen Regierungen weltweit vorzugehen, „die amerikanischen Unternehmen angreifen und darauf drängen, mehr zu zensieren – auch in Europa“.

Das bisher deutlichste Zeichen dafür, wie sich die US-Regierung zum Bauchredner der Internet-CEOs machen lässt, war der Auftritt des US-Vizepräsidenten J.D. Vance auf der 61. Münchner Sicherheitskonferenz im Februar dieses Jahres. Er sagte dort: Die Bedrohung, die ihm „in Bezug auf Europa [...] die größten Sorgen bereitet, ist nicht Russland, nicht China und kein anderer externer Akteur. Was mir Sorgen bereitet, ist die Bedrohung von innen: der Rückzug Europas von einigen seiner fundamentalsten Werte – Werte, die es mit den Vereinigten Staaten von Amerika teilt“, nämlich „in Großbritannien und in ganz Europa ist die Redefreiheit, so fürchte ich, auf dem Rückzug“, warnte er. Darüber hinaus beschimpfte Vance in polemischer Weise EU-Kommissare, die angeblich „den Bürgern drohen, soziale Medien in Zeiten von Unruhen abzuschalten, sobald sie etwas entdecken, dass sie als ‘hasserfüllte Inhalte’ einstufen.“²⁷ Hinter Vance’s Gepolter steckt u.a. der Streit zwischen der Europäischen Kommission und US-Plattformen wie X und Facebook über den Digital Services Act (DSA). Die seit einem Jahr geltende EU-Verordnung zwingt Tech-Giganten, illegale Inhalte schnell zu löschen und Beschwerdemechanismen bereitzustellen. Dafür müssen EU-Staaten Meldestellen, sogenannte „Trusted Flagger“, einrichten.

Die Notwendigkeit der Regulierung sozialer Medien

Warum sollte aber in Europa die digitale Welt anders funktionieren als die analoge, mit genauso vielen Freiheiten, aber auch Pflichten? Eine Rolle in diesem Streit spielt die unterschiedliche Interpretation der Redefreiheit in den USA und in Europa. Die freie Rede ist im First Amendment zur amerikanischen Verfassung schrankenlos. Nur der US-Supreme Court hat bisher für „unanständige, obszöne Ausdrücke“ und für Aussagen, von denen „eine klare und unmittelbare Gefahr ausgeht“, Grenzen der Redefreiheit gezogen.²⁸

Jede Regulierung sollte selbstverständlich größtmögliche individuelle Meinungsfreiheit und den Schutz vor staatlicher oder privater Zensur und darüber hinaus ein hohes Maß an Datenschutz gewährleisten. Man mag an einzelnen europäischen und nationalen Regulierungsvorschriften von der Haftung der Plattformen für Urheberrechtsverletzungen, über die Anpassung des Wettbewerbsrechts, der Datenschutzgrundverordnung, dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz, dem Digital Services Act oder dem Digital Markets Act bis hin zur Novelle des Medienstaatsvertrages der Länder Kritik üben, aber eine Zensur im Sinne des Artikels 5 Grundgesetz findet nicht statt. Wie alle Bürgerinnen und Bürger müssen sich aber eben auch die Medien an Gesetze halten und dürfen nicht strafbare Tatbestände zulassen. Insgesamt sollen all diese Maßnahmen mehr Licht in die verborgene

²⁶ <https://x.com/elonmusk/status/1823076043017630114>

²⁷ <https://www.blog-der-republik.de/vizepraesident-j-d-vance-auf-der-muenchner-sicherheitskonferenz-als-bauchredner-der-internet-milliardaere/>

²⁸ <https://www.anwalt.de/rechtstipps/die-grenzen-der-redefreiheit-us-recht-195852.html>

Welt der Online-Dienste bringen, die von außen eine Black Box sind und denen Nutzerinnen und Nutzer bislang fast ohnmächtig gegenüberstanden.

Wer meint: "Das Netz ist frei, wir sollten es nicht regulieren", der täuscht sich und die Welt und betreibt Propaganda. Das Netz wird aktuell nämlich so reguliert, wie es die Digitalkonzerne für richtig halten.²⁹ Die Kontrolle über die verbreiteten Inhalte liegt nicht bei den Nutzern, sondern bei den Betreibern sozialer Netzwerke. Dieses „Hausrecht“ ist nichts anderes als private Zensur und verfassungsrechtlich höchst problematisch. Der Kampf gegen strafrechtlich relevante Inhalte im Netz kostet bislang die Netzbetreiber Milliarden an Personalkosten und technischem Aufwand. Nach den Eigenangaben der Tech-Unternehmen an die Europäische Union beschäftigt YouTube von Google 16.974 Content-Moderatoren, Google Play 7.319 und TikTok 6.125 und X lediglich 2.2944 Content-Moderatoren³⁰ – teilweise unter katastrophalen Arbeitsbedingungen. Hinzu kommt noch ein Kontingent an Sprachspezialisten für die Moderation von Inhalten in allen Sprachen der Mitgliedstaaten. Das schmälert natürlich die riesigen Gewinne der Tech-Milliardäre und deshalb setzt man alle Mittel ein, um solche Kosten zu vermeiden.

Ob die bisherigen Regulierungen den rechtlichen und vor allem auch praktischen Rahmen bieten können für die Ermöglichung freier und unabhängiger Berichterstattung sowie für einen freien und offenen Meinungs- und Willensbildungsprozess, wird sich allerdings erst noch erweisen müssen. Tatsache ist bis heute: Gegen die Entflechtung der bereits existierenden Oligopole wird bisher kaum etwas unternommen. Es gibt zahlreiche Vorschläge, wie das Internet von der Macht der Tech-Riesen befreit werden könnte. Ich nenne hier nur die aus meiner Sicht wichtigsten:³¹

- Eine größere Medienkompetenz der Nutzerinnen und Nutzer
- Bei marktbeherrschenden Plattformen einen Nutzungsanteil in der jeweiligen Mediengattung von maximal 30 % einführen
- Möglichkeit und Freiheit von Nutzern, problemlos zwischen verschiedenen Plattformen wechseln zu können
- Besteuerung von Gewinnen in dem Land, in dem sie erwirtschaftet werden – wie bei anderen Medienunternehmen auch
- Zuweisung der inhaltlichen Verantwortung, etwa für strafbare Botschaften, an diejenigen, die den wirtschaftlichen Profit erzielen
- Transparenz der eingesetzten Algorithmen für die Nutzer, zumindest aber für die Wissenschaft
- Herausgabe der Internetprotokoll- (also der IP-)Adressen der dem Netz angebotenen Geräte von den sozialen Netzwerken bei strafrechtlicher Verfolgung
- Diskussion der Frage, ob die Netz-„Infrastruktur“ – anders als etwa das öffentliche Straßennetz – sich tatsächlich in der Hand weniger privater oligopolistischer Plattformen, zumeist aus den USA, befinden sollte

²⁹ <https://www.sueddeutsche.de/kultur/google-meta-musk-internet-dominanz-befreiung-1.6344469?reduced=true>

³⁰ <https://tbt.atsit.in/de/posts/3262578882/>

³¹ Siehe dazu ausführlich: Martin Andree, BigTech muss weg (Campus-Verlag, 2023)

- Suche nach digitaler Souveränität auf europäischer Ebene; der Kölner Medienwissenschaftler Martin Andree etwa fordert die Befreiung von der „digitalen Besatzungszone“ aus den USA.³²

Wie könnte eine „Demokratisierung des Digitalen“ aussehen?³³

Der Umbruch der Medienlandschaft wird sich aller Voraussicht nach in den nächsten Jahren beschleunigt fortsetzen. Ohne Gegenmaßnahmen werden sich herkömmliche Medien im „Plattformisierungsprozess“ weder ökonomisch noch publizistisch behaupten können. Warum also sollte nicht, wenigstens als aufklärerisches Gegengewicht, eine öffentliche, beitragsfinanzierte Plattform eingerichtet werden? Dies könnte auch unter Beteiligung von Verlagen und Kultur- sowie von Wissenschaftseinrichtungen geschehen. Bei aller berechtigten Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk hätte eine Public-Service-Plattform beispielhaft folgende Vorteile:

- In Ergänzung zu den Medien-Oligopolisten, könnte eine über eine „Demokratieabgabe“ finanzierte Internetplattform auf den Verkauf von Daten verzichten.
- Ein solches Public Value-Internetangebot könnte staatsfern von gesellschaftlichen Gruppen kontrolliert werden und demokratische Teilhabe ermöglichen.
- Es könnte gemeinwohlorientiert, unabhängig und identitätsstiftend ausgerichtet und dem Wahrhaftigkeits- und Achtungsgebot sowie zur Einhaltung journalistischer Grundsätze verpflichtet werden.
- Ein solcher öffentlich-rechtlicher Netzauftritt könnte durch einen gesellschaftlichen Integrationsauftrag der Spaltung der Öffentlichkeit und darüber hinaus Hassreden und Verschwörungsdenken entgegenwirken.
- Eine solche Plattform könnte mit dem Versprechen an die Nutzer verbunden sein, dass die Daten geschützt und die Algorithmen transparent gemacht würden.

Leider verläuft die aktuelle Diskussion über die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in die gegenteilige Richtung – sowohl was die Sparzwänge, als auch was das Verbot von presseähnlichen Veröffentlichungen anbetrifft.³⁴

Ob ein solches beitragsfinanziertes, öffentlich-rechtliches Internetangebot ausreichend Publikum fände, ist zwar ungewiss und wird vielfach bezweifelt, aber immerhin bestände eine demokratischere Alternative zu den Internetoligopolisten und ein Angebot für eine informative Grundversorgung.

Ursprünglich veröffentlicht unter www.radsozdem.de.
Mit freundlicher Genehmigung des Verfassers.

³² <https://www.swr.de/swrkultur/leben-und-gesellschaft/trump-und-die-tech-bros-wie-abhaengig-sind-wir-von-amazon-meta-und-co-100.html>

³³ Eine Formulierung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, unter: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2021/03/210301-Forum-Belleve-XI.html>

³⁴ <https://www.blog-der-republik.de/wie-koennte-eine-demokratische-alternative-zur-macht-der-digitalen-medienmonopole-aussehen/>